

Vor fast 3 Monaten hat Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius die Pläne für einen "neuen Wehrdienst" vorgestellt. Mit diesem werden alle 18 jährigen Männern einen Fragebogen zur Bereitschaft und Fähigkeit zum Wehrdienst ausfüllen müssen. Frauen können grundgesetzlich noch nicht dazu verpflichtet werden, doch dabei soll es nicht bleiben, dass dazu eine Grundgesetzänderung durchgesetzt werden müsste, hat die Militarisierung Deutschlands in den vergangenen Jahren ja auch nicht aufgehalten.

Auch wenn dieser Wehrdienst für 2025 nur ein paar tausend Jugendliche einziehen soll, ist es doch geplant mehrere Hunderttausend neue Soldaten bis 2029 auszubilden, um Deutschland "Kriegstüchtig" zu machen, dass das nicht immer ganz freiwillig geht ist dabei eingeplant.

Dazu wird versucht die Bundeswehr als normalen Arbeitgeber darzustellen, mit verstärkter werbung im Alltag, häufigeren Besuchen der Bundeswehr an Schulen und der versuch omnipresent auf Sozialen Medien zu sein, mit ständigen Posts, Livestreams und Kollaborationen mit großen Influencern. Dass die Bundeswehr aber, vor allem für Frauen, kein normaler Arbeitgeber ist, sondern einer, bei dem man seine Grundrechte aufgeben muss und bei dem es überproportional viele Fälle von sexuellen Übergriffen gibt, können sie auch mit noch so jung und hip aussehender Werbung nicht ändern.

Das alles in einer Zeit, in der sich Deutschland mit Waffenlieferungen und militärischer Ausbildung ukrainischer Soldaten aktiv an zwei Kriegen, die kein Ende in Aussicht haben, beteiligt. Kein Ende in Aussicht, weil sich die Regierung und die NATO vehement bei Verhandlungen im Ukraine Konflikt querstellt und Israels völkerrechtswidrigen Krieg gegen das palästinensische Volk weiter mit Waffen befeuern und Israel gegen Anklagen des Völkermords unterstützen. Auch die aktuellen Eskalationen der Besetzung des Westjordanlands scheinen an der deutschen Staatsräson nichts zu ändern.

Das alles kostet natürlich, das 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr, insgesamt 34 Milliarden in Waffen an die Ukraine und die Waffenlieferungen nach Israel verzehnfacht. Alles Geld, was zu großen Teilen im Sozialen Sektor fehlt und das merkt man, von Unterbesetzung jeglicher sozialer Berufsfelder über marode Schulen und Krankenhäuser bis zur Zerstörung sozialer Angebote für uns Jugendliche, da die Kommunen ja auch für den Krieg sparen müssen.

Deshalb haben wir uns als Bündnis Jugend gegen Krieg Karlsruhe gegründet, um klar zu sagen, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Militarisierung von Schulen und Universitäten, die Normalisierung der Bundeswehr und der Kriegskurs der Regierung nicht in unserem Interesse sind und uns nur die Zukunft rauben werden. Nein zur Kriegstüchtigkeit, nein zur Wehrpflicht!